



Köln, 24.11.2011 - Pressemitteilung

Website [www.deinefreunde.org](http://www.deinefreunde.org)

E-Mail [presse@deinefreunde.org](mailto:presse@deinefreunde.org)

Twitter [http://twitter.com/deine\\_freunde](http://twitter.com/deine_freunde)

Für weitere Informationen und Interviews stehen die folgenden Mitglieder von **DEINE FREUNDE** gerne zur Verfügung.

Katharina Feldkamp **Vorsitzende**  
[vorstand@deinefreunde.org](mailto:vorstand@deinefreunde.org)

Thor Zimmermann **Mitglied des Rates**  
[thor.zimmermann@deinefreunde.org](mailto:thor.zimmermann@deinefreunde.org)  
0171-5363859

Andreas Lemke **Pressebetreuung**  
[presse@deinefreunde.org](mailto:presse@deinefreunde.org)

## REDE VON THOR ZIMMERMANN ZU TOP 1 "GEGEN RECHTSTERRORISMUS IN KÖLN"

Sitzung 24.11.2011 - Rat der Stadt Köln - Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, im Saal und auf der Tribüne,

"Die Erkenntnisse, die unsere Sicherheitsbehörden bisher gewonnen haben, deuten nicht auf einen terroristischen Hintergrund, sondern auf ein kriminelles Milieu" – keine 24 Stunden nach der verheerenden Explosion auf der Mülheimer Keupstraße am 9. Juni 2004 war sich der damalige Innenminister Otto Schily sicher und gab damit die Richtung vor. Ein rechtsterroristischer Anschlag hätte nicht in das politische Klima des Jahres 2004 gepasst. Damals debattierte man in Deutschland und in Köln über Hassprediger wie den Islamisten Metin Kaplan, und über die Verschärfung von Ausländer- und Einwanderungsgesetzen. Nachbarn türkischer Herkunft als Opfer von Rechtsterroristen passten da nicht ins Bild von einer vermeintlichen Bedrohung durch den Islam.

Doch die Kölner Debatte nach dem Anschlag war gar nicht so einseitig, es wurde nicht nur von "Döner-Morden" gesprochen. In der Presseberichterstattung in den Tagen nach dem Anschlag kommen durchaus Anwohner der Keupstraße zu Wort die rechte Gewalttäter als Urheber vermuten. Auch Oberstaatsanwalt Rainer Wolf hielt ein politisches Motiv für möglich. Oberbürgermeister Fritz Schramma lässt sich zwar unglücklich mit "Irgendwo hört der Spaß auf" zitieren, doch er zeigt vor Ort Solidarität mit den Opfern, in der Stadtverwaltung wird gesammelt, ein Scheck wird auf einem späteren Keupstraßenfest von ihm überreicht. Auch der damalige Regierungspräsident Roters sagte den Anwohner bereits damals finanzielle Hilfe zu. Es scheint als ob viele in Köln unerschrocken von einem rechten Anschlag ausgingen. Doch schon drei Tage nach dem Anschlag fasst der Kölner Stadtanzeiger (unter dem Eindruck der einseitigen Ermittlungen) die Debatte unter der Überschrift: "War es ein Racheakt, ein Streit im Drogenmilieu oder die Tat eines wirren Einzeltäters?" zusammen.

Heute wissen wir, es war ein rechter Terroranschlag! Warum aber damals mit vielen Unterstellungen so einseitig ermittelt wurde, wirft nicht nur ein bezeichnendes Licht auf unser Bild von türkisch stämmigen Nachbarn - und dafür entschuldigen wir uns hier heute – sondern muss auch dringend in einem Berliner Untersuchungsausschuss aufgeklärt werden.

Neben unserer Forderung nach Entschädigung der Opfer, müssen wir uns aber auch selbst kritisch nach Erkenntnissen für den täglichen Umgang mit Nachbarn muslimischen Glaubens fragen. Ist etwa die erneut aufgeflamnte Moschee-Debatte nicht auch ein Zeichen für einen diskriminierenden Umgang mit einem Teil der Kölner Bevölkerung?

"Jetzt erlauben wir den Türken schon, eine schöne Moschee zu bauen - und jetzt sind sie auch noch undankbar und ärgern unsern deutschen Architekten!" - spukt dies nicht in manchen Köpfen herum? Aber ist es nicht einfach ein unschöner Streit zwischen Bauherr und beauftragtem Architekt, wie er in Köln bei vielen Bauvorhaben vorkommt?

Zu einem friedlichen und toleranten Umgang aller Kölnerinnen und Kölner gibt es keinerlei Alternative. Denn wie wollen wir uns unsere Stadtgesellschaft vorstellen? Geprägt durch Angst und Hass auf den Anderen? Oder nicht lieber, bei aller unterschiedlicher Herkunft, ausgezeichnet durch Respekt und Freundschaft! Doch diese humanistischen Ziele müssen gegen Rechtsextremisten verteidigt werden, und auch bei heranwachsenden Generationen ist es wichtig Aufklärung zu leisten. Daher muss nicht nur der Bund seine Mittel gegen Rechtsextremismus aufstocken, auch wir müssen im Kölner Haushalt darauf achten!

Vielen Dank!